

# Solidarität



## Organ des Verbandes der graphischen Hilfs- Arbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands

Erscheint wöchentlich Sonnabends • Bezugspreis monatlich 0,50 RM. ohne die Bestellgebühr • Anzeigen: die 3gespaltene Petitzeile 1,- RM. Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 RM. • Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an • Nur Postbezug ist zulässig

Nr. 50 • 36. Jahrgang

Berlin, den 13. Dezember 1930

### Wirtschafts- oder Machtpolitik

#### Zu den Lohnverhandlungen im Buchdruckgewerbe.

Zu den nächsten Tagen treten die Tarifunterhändler der am Lohnstarif für das Buchdruckgewerbe beteiligten Organisationen zusammen. Klar wie die Forderungen, sind die Fronten. Zweifelhaft ist nur noch das Ergebnis, die Frage: welche Front wird erfolgreich vorstoßen?

Es hat keinen Sinn mehr, die beiderseitigen Forderungen auf ihre wirtschaftliche Richtigkeit hin zu prüfen. Das ist ausgiebig geschehen; nun ist der Kampf in jenes Stadium getreten, in dem die besten Kechter beider Fronten die letzte Entscheidung erzwingen. Letzte Entscheidung? Vielleicht liegt sie bei uns, den ungezählten Tausenden im ganzen Reiche.

Denn wir zweifeln nicht einen Augenblick daran, daß hier ein Kampf ausgetragen wird, in dem der bedingungslose Einsatz unserer Macht gefordert werden kann, weil der Einsatz dieser Macht von der Gegenseite willkürlich herausgefordert worden ist.

„Die Welt will betrogen sein!“ Man hat auf der Gegenseite alles getan und nichts unterlassen, um dem Volke die trügerische Meinung einzupflanzen, die wirtschaftliche und soziale Krise könne nur überwunden werden durch eine spürbare Senkung der Löhne. Lohnsenkung, weil Preisentzug, Preisentzug, weil Absatzvermehrung, Absatzvermehrung, weil Arbeitslosigkeit und Brachliegen von Produktionsmitteln. Eine Auseinanderrichtung von Schlagworten, deren logisches Aussehen unter den Hieben der gewerkschaftlichen Gegenargumentation allerdings vor die Hunde gegangen ist.

So unrichtig die Begründungen und so verhängnisvoll die Forderungen der Unternehmer sind, mit aufrichtiger Bewunderung stellen wir fest, daß das deutsche Unternehmertum für seine ewigwährende Forderung auf Lohnsenkung noch niemals eine bequemere, weniger Gesessarbeit verursachende „Begründung“ geliefert hat. „Die Löhne sind zu hoch!“, fertig! „Die gesamten Löhne müssen gesenkt werden!“ Schluß! So verkündete es die deutsche Unternehmerzentrale, so plapperte es das Heer der Unternehmerverbände und sonstigen Würdenträger im anderen Lager, bei den Regierern angefangen bis zu den Schlotbaronen, dummdreist und gottesfürchtig nach. Kann man es also unseren reicheren „Kollegen“ im Buchdruckgewerbe verdenken, daß sie es nicht anders machen als die andern? Früher fühlten sie sich immerhin noch verpflichtet, ihre alljährlich wiederkehrende, an uns gerichtete Zustimmung, weniger Fett an die Kartoffeln zu tun, mit Gründen zu rechtfertigen, die im Gewerbe selbst lagen. Da suchte man mit Fleiß und Eifer zu beweisen, daß sämtliche Betriebe binnen kürzester Zeit auf der Nase lägen, wenn sie nicht unverzüglich wenigstens etwas von den unerträglich hohen Lohnkosten befreit würden. Solche Argumentation machte uns noch Freude. Denn hier konnten wir aus eigener täglicher Beobachtung immerhin noch ein paar Worte mitreden, und es hat uns immer riesige Genugtuung bereitet, wenn trotz Gewährung von Lohnzulagen nicht nur alle soliden Firmen weiterhin fest auf beiden Beinen stehenblieben, sondern wenn darüber hinaus der betriebliche Umfang des Gewerbes von Jahr zu Jahr stieg, wenn Jahr für Jahr einige hundert Betriebe und einige tausend Maschinen neu hinzukamen als sichtbar und unwiderleglicher Beweis für eine gewerbliche Rendite, die immer noch zu namhaften Kapitalinvestitionen verlorde.

Vielleicht ist es den gewerblichen Unternehmern bedenklich erschienen, die früher regelmäßig angewendete Methode auch in diesem Jahre fortzusetzen. Vielleicht hat man eingesehen, daß diese Methode angelehnt der nach jeder Tarifbewegung feststellbar gewesenen Tatbestände allmählich albern wirken muß. Vielleicht war es also nicht nur Bequemlichkeit, daß man die obligatorische Begründungsschablone der Unternehmerzentrale übernommen hat, um uns für einen Lohnabbau im Gewerbe „fertig zu machen“. So ernst die Lage ganz ohne Zweifel ist, lächerlich bleibt es trotzdem, daß wir, das heißt die Kollegenschaft und ihre Vertreter, überhaupt benötigt sind, mit den gewerblichen Unternehmern über die geforderte Senkung der Löhne zu rechten. Lächerlich deshalb, weil die Unternehmer selbst am allerbesten wissen, weshalb grandiosen Schwindel sie dem Volke vormachen, wenn sie behaupten, die wirtschaftliche Krise mit Lohnsenkungen beseitigen zu können. Es ist fast schade, daß es so etwas wie eine öffentliche Meinung gibt, sonst hätte man sich jede öffentliche Erörterung der schädlichen Folgen des geforderten Lohnabbaues unsererseits einfach ersparen können. Denn hier wie drüben, bei der Kollegenschaft wie bei den gewerblichen Unternehmern steht es unveränderlich fest, daß es sich bei den kommenden Auseinandersetzungen nur darum handelt, die Anteile der beiden sozialen Gruppen an gewerblichen Produktions-ertrag festzusetzen. Höhere Profite der Unternehmer auf Kosten der Löhne, das ist die Frage, die in diesen Tagen entschieden wird. Nichts anderes steht zur Entscheidung. Alles andere ist verwirrendes und absichtlich dazwischengeschobenes Beiwerk.

Unsere Aufgabe wird es sein, ganz bewußt und mit dem vollen Nachdruck unserer ehrlichen Überzeugung den Fragenkomplex in den Vordergrund zu schieben, der vordringliche Behandlung erfordert, Arbeitslosigkeit und Arbeitszeit! In diesem Fragenkomplex wird sich der eigentliche Kampf entzünden, durch ihn wird Wesen und Verlauf der kommenden Dinge bestimmt werden. Nicht nur die Kollegenschaft, sondern die ganze uns erreichbare Öffentlichkeit muß hier einen praktischen Anschauungsunterricht erhalten, so eindringlicher und überzeugender Art, daß sein Ergebnis die allgemeine Verachtung ist für ein Unternehmertum, dem die Not der Arbeitslosen nur Vorwand und Mittel zur Erraffung größerer Profitanteile ist.

\*

Wie die Mitgliedschaft zu den Verhandlungen Stellung nimmt, soll an einer Entschließung der Vormünder Mitgliederversammlung gezeigt werden, einer Entschließung, die dem Inhalte nach mit allen andern übereinstimmt:

„Das graphische Hilfspersonal ersucht den Verbandsvorstand bei den bevorstehenden Lohnverhandlungen seinen Einfluß dahingehend geltend zu machen, daß jedes Mittel angewendet wird, um den geplanten Lohnraub der Unternehmer unmöglich zu machen. Vor allem muß rechtzeitig verhindert werden, daß Beauftragte der Lohnsenkungswilligen Reichsregierung Gelegenheit bekommen, uns die Hände zu binden durch Verbindlichkeitsklärung unannehmbarer Schiedssprüche.“

Wir sind einmütig fest davon überzeugt, daß alle Schwägerinnen von der wirtschaftlichen Notwendigkeit des Lohnabbaues nur bequemen, die Profitquote der Unternehmer auf Kosten des Arbeitslohnes zu steigern. Wir sind einmütig fest davon überzeugt, daß alle Schwägerinnen vom Preisabbau nur dazu dienen sollen, der Arbeiterchaft den Lohnraub schmackhaft zu machen, daß die einschlägigen Bestrebungen der Reichsregierung nur als leere Demonstrationen zu bewerten sind, weil Preiswucher und Gewinn gier im privatkapitalistischen Wirtschaftssystem am allerwenigsten durch sanfte Vorwürfe und fromme Ermahnungen ausgerottet werden können.

Wir sind uns ferner bewußt, daß mit einem Lohnabbau im Buchdruckgewerbe für die mittleren Wirtschaftszweige ein Präzedenzfall geschaffen würde, der den Gewerkschaften anderer Berufe die Abwehr von vornherein erschwert. Auch aus diesem Grunde sind wir

bereit, bei vollster Würdigung aller Hemmnisse, unser letztes und schärfstes Machtmittel einzusetzen.

Verkürzung der Arbeitszeit! heißt die Forderung, die auch wir dem geplanten Lohnraub mit aller Überzeugung gegenüberstellen. Fast jeder Arbeitstag zieht den Kreis der beschäftigten Kollegenschaft enger, weil leistungsfähigere Maschinen, Automaten, Anlageapparate und nicht zuletzt schärfere Anspannung jeder einzelnen Arbeitskraft unausgeseht zu Entlassungen führen. Für die Wiedereinrichtung unserer arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen in die Produktion ist die Verkürzung der Arbeitszeit unerlässliche und wichtigste Voraussetzung.

Vertrauensvoll und einig werden wir der Verbandsführung folgen in der bestimmten Erwartung, daß sie zum Kampfe aufruft, ehe der geplante Lohnraub auch für uns unabänderlicher Zwang geworden ist.“

### Die Gewerkschaftspressen und ihre Gegner

Die Gewerkschaftspressen gewinnen immer mehr, und zwar auch bei ihren Gegnern Beachtung. Welche Beurteilung sie von ihnen erfährt, zeigt die Nummer 216 des „Industrieschuß“, Organ der bekannten Streikversicherungs-gesellschaft des Deutschen Industrieschußverbandes. In einem Artikel „Die Gewerkschaftspressen“ wird die Gründung des Fachauschusses für die Gewerkschaftspressen registriert und seine Aufgaben gekennzeichnet. Daran anschließend heißt es in dem Artikel:

„Diese neugegründete Institution ist also dazu berufen, eine Art Kongress zur Bearbeitung der öffentlichen Meinung zu werden, und sie wird ihrer Aufgabe um so eher gewachsen sein, je weniger sich die Kreise um ihre Tätigkeit kümmern, die eigentlich das größte Interesse daran haben müßten, den Ausbau der Gewerkschaftspressen mit aller nur denkbaren Aufmerksamkeit zu beobachten: Die nichtmarxistisch eingestellten Parteien und Organisationen. Die Gewerkschaftspressen verfügen nämlich schon heute über eine derartige Anzahl von Blättern und Lesern, daß sich alle sonstigen Partei- und Interessengruppen nicht entfernt damit messen können.“

Der Fachauschuß soll also im Begriff sein, ein Kongress zur Bearbeitung der öffentlichen Meinung zu werden. Daran wird er nicht gedacht haben, aber seit Bestehen war und ist, die Gewerkschaftspressen zu der Bedeutung zu verschleppen, die sie verdient. Nach Angabe der Auflagenziffer der gesamten Gewerkschaftspressen und der größeren Gewerkschaftszeitungen wird in dem Artikel über den Inhalt der Gewerkschaftszeitungen gesagt, daß er sich über so ziemlich alle Gebiete des öffentlichen Lebens, insbesondere die Politik, Wirtschaft, sozial- und kommunalpolitische Fragen, Pädagogik, Kunst und Literatur erstreckt. Wenn die Gewerkschaftspressen über alle diese Gebiete berichtet und die Gewerkschaftsmitglieder entsprechend schult, so hat sie ihre Aufgabe durchaus erfüllt. Aus der Haushaltsrechnung der Gewerkschaften wird mitgeteilt, daß die Ausgaben der dem ADGB angeschlossenen Gewerkschaften für Verbandszeitungen, die „Gewerkschaftszeitung“ usw. 9.582.418 M. betragen. Der Artikel schließt, daß die Beeinflussung der öffentlichen Meinung überdies noch die Pressekorrespondenzen des ADGB und der größeren Verbände vornehmen und neben der Gewerkschaftspressen des ADGB noch die Angestellten- und Beamtenorganisationen mit ihren Zeitungen bestehen. Wähme man dazu noch die etwa 200 Zeitschriften der SPD, „so wird man sich erst das richtige Bild von der Größe der hier für eine Idee, nämlich für die Idee der Zerkünderung unseres jetzigen Wirtschaftssystems, arbeitenden Macht bilden können“. Mögen die Gegner der Arbeiterbewegung auch Zeter und Mordio schreien, die Hauptsache ist, daß die Gewerkschaftspressen ihrer hohen Mission gemäß sich weiter entwickeln und von den Mitgliedern und der Öffentlichkeit Beachtung finden.

# Ein Unternehmer gegen Lohnkürzung

Daß nicht alle Unternehmer in das Geschrei: „Nur Lohnabbau ist die Rettung!“ einstimmen, zeigt erneut ein Fall, den der „Vorwärts“ Nr. 573 seinen Lesern mitteilt: In den „Hamburger Nachrichten“ hatte Herr Blohm, von der Firma Blohm und Voß, einen Artikel veröffentlicht, der eine Lohnsenkung und eine Verlängerung der Arbeitszeit zur „Ankurbelung der Wirtschaft“ forderte. Ihm antwortete Herr Erich V. Ledermann, Fabrikbesitzer in Berlin. Die „Hamburger Nachrichten“ lehnten aber die Veröffentlichung der Antwort ab. Wir erkennen, daß eine gewisse Presse selbst nur den Unternehmern dienstbar ist, die scharf gegen die Arbeiterschaft vorgehen. Gegen die Arbeiter ist sie selbstverständlich immer eingenommen, aus Dank dafür hat sie Tausende von Arbeiterlesern.

Herr Blohm plädierte in dem angezogenen Artikel für eine Heraushebung der Arbeitszeit von 8 auf 9 Stunden bei gleichzeitiger achtprozentiger Lohnkürzung. Und darauf antwortet ihm Herr Ledermann:

„Gestehet den Fall, die neunständige Arbeitszeit würde an einem bestimmten Stichtag eingeführt werden, so könnten doch an den vorhandenen Aufträgen, wenn die Arbeitszeit verlängert wird, nur weniger Leute beschäftigt werden. Es müßte also zuerst

### ein Viertel jeder Belegschaft entlassen werden.

Wenn wir annehmen, daß zur Zeit in Deutschland in der Industrie noch 7½ Millionen Arbeiter tätig sind, heißt das, daß 600 000 an einem Tage weiter auf die Straße fliegen und der Fürsorge zur Last fallen. Der Rest würde dann also 9 Stunden arbeiten.“

Diese Rechnung ist so klar und eindeutig, daß sie eigentlich auch Großunternehmern einleuchten müßte. Wie sie mit solchen Maßnahmen die Wirtschaft ankurbeln wollen, bleibt ihr Geheimnis. Herr Ledermann rechnet dann zahlenmäßig genau aus, daß eine Lohnsenkung, wie die von Herrn Rudolf Blohm geforderte, nie zu einer Verbilligung der Waren in demselben Maße führen kann, und verweist darauf,

daß keine Rede davon sein kann, daß unsere Arbeitslosigkeit darauf zurückzuführen ist, weil wir zu hohe Löhne gezahlt haben.

denn im Inlandgeschäft sind unsere Umsätze seit 1924 von Jahr zu Jahr gestiegen. Der Verfasser schließt seinen Aufsatz mit den Worten, denen wir uns vollinhaltlich anschließen können:

„Zahlen beweisen, daß unser Geschäft sowohl im Inland als auch im Ausland sich trotz unserer Lohn- und Soziallasten entwickelt hat und daß unsere Arbeitslosigkeit, wie in Amerika, von der Rationalisierung und Mechanisierung der Industrie herrührt.“

Nur durch Einführung der Arbeitslosen in den Wirtschaftsprozess kann wieder eine Konjunktur erzielt werden, und diese Einführung ist nur möglich, wenn die Maschinen dazu benutzt werden, wofür sie geschaffen sind, nämlich zur Arbeitsleistung, zur Verkürzung der Arbeitszeit des einzelnen.“

Den Unternehmern wird die Stimme aus dem eigenen Lager nicht angenehm klingen, sagt ihnen doch einer, der es wissen muß, daß sie die Öffentlichkeit mit ihren Phrasen, Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung bringen die Rettung, dreißt anschwindeln.

## Die Glücklichen

### Und trotzdem Lohnsenkung

Einen für die monopolistischen Unternehmungen bezeichnenden Fall stellt die Kapitalverwässerung bei der Berliner Rindl-Brauerei dar. Deren Aktionäre erlitten in diesem Jahr eine Dividende von 22 Prozent, die Vorzugsaktionäre sogar 24 Prozent, außerdem aber bekommen sie noch ein außerordentlich billiges Bezugsrecht. Sie erhalten nach je 5 Aktien eine junge Aktie zum Nennwert, obwohl der Börsenkurs dieser Aktien den Nennwert viermal übersteigt. Nicht genug damit, erhalten die Aktionäre außerdem noch zwei Genußscheine kostenfrei, die in Wirklichkeit nichts anderes als Gratisaktien sind, deren Gewinnansprüche besonders geregelt wurden. Die Brauerei begründet diese gewaltigen Geschenke an die Aktionäre damit, daß ihr Aktienkapital seinerzeit bei der Umstellung auf Goldbilanz zu niedrig bemessen wurde. Während im Frieden in der Brauindustrie ein Ausstoß von etwa 50 000 Hektoliter mit einer Million Mark kapitalisiert war, hat die Gesellschaft jetzt bei einem Ausstoß von 1½ Millionen Hektoliter ein Kapital von nur 5 Millionen Mark. Woher kommt es aber, daß diese Gesellschaft mit einem so geringen Aktienkapital 1½ Millionen Hektoliter im Jahr erzeugen kann? Es kommt eben aus der Ausdehnung der Anlagen und der Rationalisierung der Produktion, die auslaufen in Gewinnen vorgenommen wurden. Nun ist aber die Rationalisierung in der Brauindustrie bereits lange beendet. Die Brauereien gehören zu den ersten, die ihre Betriebe rationalisierten, so daß sie die neuen Gewinne aus den rationalisierten Unternehmungen bereits nicht mehr anzulegen brauchen. So kam es, daß die Brauereien im Gegensatz zu andern Monopolunternehmungen bereits in den letzten Jahren außerordent-

lich hohe Dividenden verteilten und die Rindl-Brauerei nun alle diese Dividenden in den Schatten stellt.

Aus dem Beispielsfall der Rindl-Brauerei lassen sich wichtige Annahmen für die künftige Gewinnverteilung ableiten. In dem Umfang, wie die Rationalisierung in den verschiedenen Industriezweigen beendet wird, werden bei den Monopolunternehmungen große Kapitalien freigesetzt, die sie nicht mehr im Betrieb durch Selbstfinanzierung zur Erweiterung und Rationalisierung ihrer Anlagen verwenden können. Mögen ihre Gewinne durch die Produktionseinschränkung als Folge des Absatzmangels zurückgehen, so wird dennoch die Höhe der Gewinnverkürzung viel geringer sein als die Höhe der freigewordenen Kapitalien. Wohin nun mit diesen Gewinnen? Falls sich die Monopolunternehmungen nicht entschließen, ihre Reserven ohne besonderen Zweck ganz gewaltig aufzufüllen, so werden sie sich einer wesentlichen Erhöhung der Dividenden an ihre Aktionäre nicht verschließen können. So werden wir voraussichtlich erleben, daß trotz Produktionseinschränkung und Wirtschaftskrisis die Dividenden der monopolistischen Unternehmungen nicht gesenkt, sondern noch erheblich erhöht werden. Die letzten Abflüsse von manchen Großunternehmungen können diese Tendenz nur andeuten, da es die Unternehmungen vorerst noch vorwiegend bei der Erhöhung der Rückstellungen bewenden lassen, so daß die großen Dividendenerhöhungen erst für das laufende Wirtschaftsjahr zu erwarten sind.

## Der Arbeiter hungert für sie — sie tanzen für uns

Die Arbeitslosigkeit ist noch nicht auf ihrer Höhe angelangt, denn Ende Oktober gab es noch Möglichkeiten genug, Augenarbeiten zu verrichten. Des ferneren werden manche Industrien durch die Weihnachtsaufträge günstig beeinflusst. Im Januar und Februar wird die Arbeitslosigkeit so angestiegen sein, daß in Deutschland 4,5 Millionen Arbeitssuchende vorhanden sein werden. Darunter werden viele sein, die infolge der verschlechterten Gelege der Arbeitslosenversicherung keine oder nur eine geringe Unterstützung bekommen. Das Elend, welches dadurch entsteht, ist heute kaum vorzuzusehen. Kein Wunder mithin, daß die arbeitende Bevölkerung in Deutschland diesem Winter mit schrecklichen Vorausahnungen entgegensteht.

It aber von dem schon jetzt angehaften Maß von Not und Elend in den belebten Straßen der Großstädte etwas zu merken? Nicht im geringsten! Allgemein ist man jetzt in die Wälschlaf eingetreten. Die besseren Ballolale der Großstädte sind auf Monate hinaus Tag für Tag besetzt. Zwar haben die Reichsregierung und die Regierung Preußens und andere öffentliche Körperschaften zu einer Einschränkung der Festlichkeiten geraten. Doch scheint bei vielen Leuten von Geldmangel noch keine Rede zu sein, denn sonst wären die Festlichkeiten nicht so überfüllt. In Berlin fand kürzlich im Sportpalast der erste Opernball statt, zu dem nicht weniger als 8000 Menschen erschienen waren. Von irgendeiner Not war dort nichts zu merken. Vom Filmball wird in der Presse berichtet, daß er ein Ereignis gewesen sei. In der Berichtstattung des „B. T.“ über diesen Ball heißt es u. a.:

„Ornamente, vor reservierten Logen, zog das Volk, das sich den Luxus erlaubt hatte, 10 M. für das stolze Bewußtsein zu geben, dabei gewesen zu sein, in endloser Promenade stauend vorbei, und die Prominenten ließen sich huldvoll bewundern; Photoapparate tikteten, Kurbellisten jurrten, Mikrophone vibrierten, und fünf Kapellen machten Musik dazu. Es waren, wie gesagt, alle da, von A bis Z: Filmliebhaber, Filmgewaltige, hübschöne Frauen, feldche Männer; die Kleider schlepten, die Fracks saßen nur so — eine Serapeeparade mit Größen von gestern, heute und morgen, lächerlich an kleinen Tischen serviert.“

Die ihre Nöchte in Ballolalen verbringen, gehören zu einer andern Schicht als diejenigen, welche täglich den Demonstrationszug nach den Arbeitsnachweisen zurücklegen. Beide Sorten von Menschen gehören aber zu einer Nation. Berührungspunkte zwischen ihnen sind nicht vorhanden. Aber ihre verschiedene Lebensweise zeigt, daß in einer Nation in Wirklichkeit zwei Nationen beieinanderwohnen. Eine Volksregierung, die diesen Namen verdient, müßte versuchen, die Not und das Elend der einen Bevölkerungsschicht zu mildern; denn wie man die Sache auch betrachten mag, der Mangel an Existenzmitteln auf der einen Seite hat zur Voraussetzung, daß es der anderen Seite wesentlich besser geht. Es nützt der Regierung nichts, den herrschenden Schichten Moral zu predigen. Vielmehr ist notwendig, die breiten Volksmassen zum Widerstand gegen ihre Verelendung aufzurufen. Wir befürchten, daß ein großer Teil des arbeitenden Volkes sich auf den Bahnen schimmelter Illusionen bewegt, wozu die letzten Wahlen einen deutlichen Beweis geliefert haben. Millionen haben vergessen oder es noch nicht begriffen, daß nur ernste Gewerkschaftsarbeit die Lage der Hand- und Kopparbeiter zu verbessern vermag.

## Keine Arbeitsfreude mehr

Es ist kein Geheimnis, daß die Arbeitsfreude auf einem sehr tiefen Kurs steht. Die meisten Menschen üben ihre Tätigkeit gezwungen aus und warten auf den Augenblick, wo sie von ihrer Arbeitspflicht erlöst werden. Auf diese Dinge weist Professor von Eckart in der „Voss. Ztg.“ Nr. 557 mit folgenden Worten hin:

„Man erlaube das System der Ersparnis an Arbeitslohn und stelle, soweit wie möglich, neue Maschinen ein. Dann wachse man, oft rigoros und unhumane, Schichten der Arbeiterschaft aus, entlasse alte Arbeiter, verjunge die Belegschaft, stelle zahlreiche Arbeitsprospekte auf ungelernete Arbeiter um und verringere den Apparat der Verwaltung. Dann lege die Lohnsenkungsalaktion ein. Was aber nun? Der Augenblick kommt, wo an der Arbeitszeit ebenfalls verändert werden kann wie an dem bis zu einer bestimmten Grenze gesenkten Lohn. Das Ende der Rationalisierungsepoche steht bevor. Man hat sich festgefahren und steht in Zwangsausfälligkeiten. Weitere Arbeiterentlassungen und Produktionseinschränkungen sind nicht tragbar. Sieht man die Arbeitsmenschen verschiedener Schichten in Bergwerk, Tiefbau, Maschinenfabriken oder was es sei, in großen Kauf- und Handelshäusern; näher an, dann kann nach der überwiegenden Meinung der in ihnen tätigen Menschen selbst von einer Arbeitsfreude ernsthaft nicht die Rede sein. Ganz abgesehen davon, ob mechanische Arbeitsleistung überhaupt einen Wert in sich selber für den angestrenten Tätigen tragen kann, unsere Massen empfinden ihn eben nicht mehr, sondern kennen höchstens noch „Lohnfreude“ und denken primär und überwiegend an die Zeit nach der Arbeit. Wird der Arbeiter nun einmal körperlich und geistig bis zur Ermattung angestrengt oder, was, so paradox es klingt, ähnliche Resultate zeitigt, durch zu geringe Kurzarbeit oder langjährige Erwerbslosigkeit entnervt, so wird es zur Aufgabe von Staat und Gesellschaft, in ganz anderem Maße als bisher für die Entspannung, Erholung, Anregung der Werttätigen zu sorgen. Die deutsche Sozialpolitik hat Außerordentliches geleistet, aber sie hat die von ihr Betretenen nur vor der schlimmsten Ausbeutung bewahrt, sie im Betrieb zu schützen, nach Verbrauch ihrer Kräfte gerade noch zu erhalten versucht. Für eine Wiederherstellung der sich täglich abnutzenden Arbeitskraft hat sie bisher noch so gut wie nichts tun können.“

Selbst bürgerliche Leute sehen nachgerade ein, daß es in der sozialpolitischen Fürsorge noch manches zu tun gibt. Wenn die Rationalisierungsperiode zu Ende geht und jetztgefahren ist und wir feststellen müssen, daß sie mehr Schaden als Nutzen gestiftet hat, dann ist es an der Zeit, einmal darüber nachzudenken, wie die Arbeitsfreude gehoben werden kann. Durch Lohnabbau bestimmt nicht.

## Großhandelspreise und Lebenshaltungskosten

Die Veränderung der Großhandelspreise stimmt mit derjenigen der Lebenshaltungskosten nicht überein. Die Wehiziffer für Großhandelspreise ist ganz anders verlaufen als die Wehiziffer für die Lebenshaltungskosten. Dies ist eine Feststellung, die für die meisten Länder gemacht werden kann, wie nachfolgende Zusammenstellung erweist:

		Großhandels- index (1913/14=100)		Lebenshaltungs- kostenindex (1913/14=100)
Deutschland	Dkt. 1929	137	Prog.	153
	Dkt. 1930	120	— 12,4	145
Großbrit.	Sept. 1929	196		165
	Sept. 1930	115	— 14,9	156
Italien	Aug. 1929	437		148
	Aug. 1930	379	— 13,3	143
Schweiz	Dkt. 1929	142		163
	Dkt. 1930	122	— 13,8	158
USA	Aug. 1929	140		162
	Aug. 1930	120	— 14,1	152

Wie diese Zahlen zeigen, hat sich die Spanne zwischen dem Großhandels- und Lebenshaltungsindex keineswegs verringert. Im Gegenteil in den meisten Ländern ist sie größer geworden. In Deutschland ist der Großhandelsindex von 1929 bis 1930 um 12,4 Prozent gefallen, während die Lebenshaltungskosten nur um 5,3 Prozent nachgegeben haben. Wenn man dann noch berücksichtigt, daß Steuern und soziale Beiträge, die in dem offiziellen Lebenshaltungsindex fehlen, in dieser Zeit gestiegen sind, so kommt man zu der Feststellung, daß wohl die Rohstoffpreise sanken, die Lebenshaltungskosten hingegen sich nur ganz geringfügig veränderten.

## Ein praktisches Rezept

Die Preisentzugsaktion der Reichsregierung, ihre Möglichkeiten und Ausichten bilden allerorts das Tagesgespräch. Und überall erhofft man, wenn auch mit starken Zweifeln, davon einen recht bald in die Erscheinung tretenden Erfolg. Wie aber, wenn sich dieser Erfolg nicht sofort in konkreten Zahlen äußert oder diese Zahlen gar das Gegenteil erweisen?

Dagegen hat die b a r i s c h e Regierung ein praktisches Rezept erfunden. Sie verbietet einfach die Veröffentlichung solcher Zahlen. In Ludwigshafen ist nämlich nach Ermittlungen des dortigen Statistischen Amtes der Verbraucherpreisindex in den letzten Wochen um 1,4 Prozent und in der Gruppe Ernährung sogar um 1,6 Prozent in die Höhe ge-

gangen. Das ist ein recht peinliches Ergebnis der Preisentwertung. Und wenn das so weitergeht, könnte der naive Glaube des Volkes an die Allmacht der Reichsregierung verlorengehen. Deshalb darf über das Thema „Preisentwertung“ in Ludwigshafen in Zukunft nicht mehr geredet werden. Das Statistische Amt dabei ist von der bayerischen Regierung angewiesen worden, die Indexziffer in Zukunft nicht mehr zu veröffentlichen.

Das ist freilich angenehmer und dazu auch viel bequemer!

## Die Edelmenschen

Hütter hat sich aus Volkstümern den Rufspezialisten und Fememörder Hans Köhm kommen lassen, der kürzlich in Nürnberg folgenden Ausspruch tat:

„Hinweg über jeden Staudesidioten reichen wir dem sogenannten Proletariat die Hand zum Kampf für ein neues Deutschland. Lieber ein minderwertiger, aber echter Deutscher als ein humanistisch gebildeter Minister oder Oberbürgermeister.“

Die minderwertigen Proletarier werden natürlich mit Vergnügen dem hochwertigen Putschisten die Hände reichen. Noch mehr Spaß wird es ihnen machen, zum höheren Lobe Hüters als Kanonensutter zu verkommen.

## Aus den Zahlstellen

**Augsburg.** Am Sonnabend, dem 29. November, hielt die Zahlstelle Augsburg eine Mitgliederversammlung ab, die sich eines guten Besuchs erfreute. Die erfolgte Kündigung der Tarife im Buch- und Steinbrudergewerbe durch die Unternehmer gaben der Ortsverwaltung Anlaß, den Gauleiter Kollegen Fritz Lehmeier, München, auf den Plan zu rufen, um über die derzeitige Lage der Hilfsarbeiterfrage zu sprechen. Das Thema des Kollegen Lehmeier stand unter der Devise: Generalangriff der Unternehmer im Buch- und Steinbrudergewerbe. Lange schon seien die Kolleginnen und Kollegen darauf verwiesen worden, daß es den Unternehmern ernst ist mit ihren Bestrebungen, einen Abbau der Hilfsarbeiterlöhne herbeizuführen. Abbau der Löhne im allgemeinen, Entzug der Ferien, Wegfall der Feiertagsbezahlung, Abschaffung der Wochenlöhne usw., das sind die Ziele, die von den Unternehmern vielleicht noch nie so scharf wie zur Zeit jetzt verfolgt werden. Ebenfalls wäre es erwünscht in den Augen der Unternehmer, wenn die ihnen so verhasste Arbeitslosenversicherung abgeschafft werden könnte, um zu erreichen, daß die Arbeiterfrage um jeden nur irgend einen denkbar niedrigen Lohn sich den Unternehmern anbieten müsse. Ein Professor stellte das Schlagwort auf: Wir müssen uns gesund hungern. Lebhafte Zustimmung der Versammlung rief es hervor, als Kollege Lehmeier erklärte, daß die graphische Hilfsarbeiterfrage gerne bereit wäre, gemeinsam mit den Unternehmern zu hungern, wenn es gleichzeitig mit den Herren Kommerzienräten geschieht. Den Hunger, den jene ertragen, müssen die Hilfsarbeiter gerne und mit Freuden mit. Immer noch habe die Industrie gute Geschäfte gemacht, die Produktion sei sogar heute fast höher als früher mit vermehrter Belegschaft in den Betrieben. Wenn erst ein Lohnabbau vorhanden wäre, dann wollten die Unternehmer auch über den „Preisabbau“ reden. Wie der im Verhältnis zum Lohnabbau, den die Unternehmer wünschen und erstreben, aussehen würde, läßt sich bei der Menschenfreundlichkeit der Unternehmer leicht ersehen. Von einem Preisabbau, der ja einem Lohnabbau vorausgehen müsse, sei bis heute noch nicht das geringste zu vernehmen. Im Gegenteil, Tabaksteuer, Biersteuer, Kegersteuer und manches andere läßt erkennen, daß selbst ohne Lohnabbau die Löhne schon eine Kürzung erfahren hätten und den Verhältnissen entsprechend viel zu niedrig seien, um an einen Lohnabbau denken zu können. Mehr noch als bisher gelte es angelegentlich der reaktionären Absichtbestrebungen der Unternehmer, der Organisation die Treue zu wahren und auch für deren weitere Ausbreitung Sorge tragen zu wollen. Lebhafte Beifall wurde den Ausführungen des Kollegen Lehmeier gesollt. Hierauf erstattete Kollege Koppold als Teilnehmer an dem Funktionärstreffen des Verbandes in der Zeit vom 2. bis 8. November in der Bundeschule in Bernau Bericht über den Verlauf wie auch über den Lehrplan. Eine Großtat des DGB, könne es genannt werden, überhaupt eine solche Einrichtung geschaffen zu haben, um den Funktionären der Gewerkschaften in diesem Heim das geistliche Rückgezug zu geben, ihnen die Ausübung ihrer Funktion zu erleichtern. Der Vorliegende regte an, in der nächsten Zeit einen Disziplinierkongress zu arrangieren, was von der Versammlung durch Abstimmung gutgeheißen wurde. Des weiteren machte Kollege Koppold darauf aufmerksam, daß für den kommenden Sommer geplant sei, zwischen den Zahlstellen Lindenberg, Kempton, Kaufbeuren und Augsburg ein kollegiales Zusammentreffen in Kempton zu veranstalten. Vorgelesen ist hierzu am Sonnabend Abfahrt, Arrangierung eines gemächlichen Abends. Der Sonntag ist für Ausflüge in Kempton Umgebung bestimmt, bei denen unsere Kemptoner Kollegenschaft die Führung übernehmen wird. Endgültige Beschlußfassung hierüber erfolgt in der Generalversammlung. Nachdem noch auf den Termin der Generalversammlung hingewiesen wurde, die am Sonntag, dem 18. Januar 1931, in der Restauration Neuschwanstein stattfindet, an welche sich ein Tanzabend anschließen wird, schloß Kollege Koppold mit Dankesworten an den Referenten und die Mitgliedschaft für ihren Besuch die anregende Versammlung.

**Dortmund.** Unserer Mitgliederversammlung vom 29. November lag eine sehr umfangreiche Tagesordnung zur Erledigung vor. Aus den „Gesellschaftlichen Mitteilungen“ des Vorstehenden verdient hervorgehoben zu werden, daß den arbeitssuchenden Mitgliedern unseres Verbandes infolge eines Abkommens des Ortsartikels die Benutzung der hiesigen Stadtbibliothek einschließlich des Lesesaales kostenlos freigestellt ist. Einschlägige Vorlesungen gaben dem Vorstehenden ferner Veranlassung, die Aufmerksamkeit der Mitgliedschaft ganz besonders auf den § 21 des Verbandsstatuts zu lenken, demzufolge das Ausweisen von Ortsangehörigen in jedem Falle verboten ist. Gemäß einem Antrag des Vorstandes wurde beschlossen, den Mitgliedern die Teil-

nahme an zwei Bildungskursen des Ortsartikels freizustellen und anfallende Teilnehmergebühren auf die Ortskasse zu übernehmen. Kollegin Weiser gab den Kassierbericht vom dritten Quartal mit der bereits oftmals anerkannten Ausführlichkeit und Übersichtlichkeit. Die Einnahmen der Zahlstelle stiegen in allen Kassen, obwohl infolge Arbeitslosigkeit und Krankheit sehr namhafte Beitragsausfälle zu verzeichnen waren. Trotz ansteigender Arbeitslosigkeit gelang es auch im Berichtsquartal, den Mitgliederbestand in bestehendem Umfang zu vergrößern. Am Veranlassungsabend selbst lagen wiederum sechs Aufnahmen vor, so daß nunmehr die Zahlstelle über 200 Mitglieder zählt. Auf Antrag der anwesenden Kassieren, die der Kollegin Weiser eine muttergütige Kassienführung bestätigten, wurde die Kassieren einstimmig entlassen. Im Mittelpunkt der Versammlung stand ein Vortrag des Steinbruderkollegen Rudolf Schaberg, den Kollege Herrmann als früheren Leiter der Zahlstelle Solingen vorstellen konnte. Kollege Schaberg sprach über das Thema: „Hilfspersonal und Gehaltsfrage!“ Ausgehend von betrüblichen Erscheinungen, die vielfach in den Betrieben das Zustandekommen harmonischer Verhältnisse zwischen Hilfspersonal und Gehaltsfrage auf der Grundlage der Gleichberechtigung verhindern, gezielte Kollege Schaberg mit trefflichen Worten das überhebliche und verletzende Verhalten zahlreicher Gehilfen, die schädlicher Weise Fremdenbesuchen aufsuchen, so sozialistischer, gewerkschaftlicher Geist herrschen sollte. Ihnen gelte es gegenüberzutreten mit dem Hinweis darauf, daß es unter freiergewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmern keine willkürlichen Rangunterstufungen zu geben habe, daß der organisierte Hilfsarbeiter als Mensch dieselbe Achtung für sich beanspruchen könne, wie sie auch dem Gehilfen unererzits entgegengebracht werde. Im Verhältnis der Organisationszweine seien solche Fragen bereits gegenstandslos geworden, das beweise am besten der internationale Anschlag unseres Verbandes an die Berufsinternationalen der Buch- und Steinbrudergewerbe. Durch diesen Anschlag sei das Prinzip der Gleichberechtigung und Achtung in vollem Umfang zur Anerkennung gelangt. Treue zur Organisation und lebendige Anteilnahme an Organisationsleben seien die Voraussetzungen dafür, daß das Hilfspersonal von den Gehilfen auch in den Betrieben — abgesehen von der rein technischen Seite im Arbeitsprozess — als ebenbürtig anerkannt werde. Die lebhafteste Zustimmung, welche sich dem Vortrage des Kollegen Schaberg angeschlossen, erbrachte den Beweis, wie notwendig es war, die mit dem Vortrage zusammenhängenden Fragen einmal offen und frei zu besprechen. Kollege Herrmann deutete die Wege an, die zur Abstellung vornehmender Mißstände zu beschreiten sind; von den Mitgliedern müsse man in dieser Hinsicht Konsequenz verlangen. Im Schlußwort sagte Kollege Schaberg den Sinn seines Vortrages nochmals zusammen und versicherte die Hilfsarbeiterfrage im Kampfe gegen Auswüchse des Bestandes weiter Kreise einflussvoller Gehilfen. Aber tarifliche Bewegungen am Ort und im Reich berichte Kollege Herrmann. Da die Stellungnahme der Dortmunder graphischen Arbeiterfrage zu den bevorstehenden Tarifverhandlungen gemeinsam am 7. Dezember erfolgt, konnte er sich auf einen gedrängten Tatsachenbericht beschränken. Er führte aus, daß es in Dortmund gelungen sei, den verlustigen Abbau überzähliger Zulagen abzuwehren. Im Reich dagegen gehen wir infolge der Einstellung des derzeitigen Reichsarbeitsministers ersten Auseinandersetzungen entgegen. Nur der Einsatz aller Kräfte biete die Gewähr, daß die graphische Arbeiterfrage auch aus dieser Situation ohne Schaden hervorgehe. In diesem Sinne gelangte eine Entschließung einstimmig zur Annahme, in der die Verbandsführung erucht wird, notfalls zum Kampf aufzurufen. Zur Beschlußfassung über eine Weisungunterstützung für ausgeübte arbeitslose Mitglieder legte der Vorstand eine Vorlage vor, deren Durchführung fast den gesamten Bestand der Ortskasse erfordert. Diese Vorlage wurde einstimmig angenommen. Angeregt wurde ferner die Erhebung eines Extrabeitrages für diesen Zweck. Nach eingehender Besprechung wurde davon Abstand genommen, hingegen eine freiwillige Sammlung einstimmig beifürwortet. Mit der Aufforderung, für die kommende Protestversammlung das letzte Mitglied zu interessieren, fand die arbeitsreiche Versammlung in später Stunde ihr Ende.

**Dresden.** Am 26. November sprach in einer Mitgliederversammlung, die bei besuchter, Genosse Kosler, Dresden, über: „Nationalsozialismus und Gewerkschaften.“ Er zeigte an einer Fülle von Beispielen das wahre Gesicht des unter der Firma „Arbeiterpartei“ bestehenden Nationalsozialismus. Der 14. September hat mit erschreckender Deutlichkeit offenbart, wie groß die politische Unbildung und geistige Rückständigkeit weiter Schichten des Volkes noch immer ist. Der Wahlausfall zeigt zugleich das Erstarken einer Partei, die zu allem bereit ist, wenn es gilt, die Arbeiterfrage niederzuhalten. Die Verwerfungsstimmung unter den Millionen der Erwerbslosen, die Mobilisierung großer Massen von Nichtwählern, der Eintritt von Jungwählern in das politische Leben — alle diese Dinge haben mitgewirkt, um der verlogenen Agitation und der mit den primitivsten Schlagwörtern arbeitenden Nationalsozialisten günstigen Boden zu schaffen. Mit leeren Phrasen und Versprechungen versuchen sie die Arbeiterbewegung zu täuschen, und wie die Führer dieser Bewegung selbst zugestanden, die Arbeiter vom Marxismus abzubringen, um sie dann um so sicherer unter die kapitalistische Kräfte zu bekommen. Ein Beispiel von den vielen, die der Referent brachte, ist angeführt zum Beweis für das Wohlwollen, das der Nationalsozialismus der Arbeiterfrage entgegenbringt. In der Monatschrift „Der Arbeiter“ schreibt der Nazi Hans Hehl folgendes: „Der Nationalsozialist zerflagen die Gewerkschaften der Arbeiterfrage. Wenn wir gegen das Kapital reden, so brauchen wir dieses Propagandamittel, um die Leute an uns heranzuziehen. Wir wollen die Arbeiter für uns gewinnen, damit sie aus dem für uns verberblichen Marxismus gelöst werden. Der Referent betonte: Der Nationalsozialismus ist eigentlich eine politische Frage, aber die Tatsache, daß die Nationalsozialisten nun auch dazu übergehen, eigene Gewerkschaften gründen zu wollen, zwingt die freien Gewerkschaften, sich gründlich mit dieser Frage auseinanderzusetzen. Zu diesem Zweck ist es notwendig, daß Partei und Gewerkschaften mehr als bisher zusammenarbeiten. Dann richtete der Referent einen besonderen Appell an unsere Kolleginnen, in Frauenkreisen aufzutauchen zu wirken. Der Ausdruck eines prominenten Naziführers lautet: Die Frau muß wieder zur Pirne und Dienerin des Mannes werden. — Da können die Frauen sich wohl ungefähr einen Begriff machen, wie es ihnen im Dritten Reich ergehen wird. Alles mühsam Erzwungene im Kampf um die Gleichberechtigung wäre wieder

zerflagen. Und doch sollen es gerade die Frauen sein, die die Verarmungen der Nazi finden. Interessant ist noch eine Statistik, die Aufschluß gibt über die Verteilung des Vermögens in Deutschland. Deutschland hat rund 65 Millionen Einwohner. Von diesen haben etwa 2 1/2 Millionen ein Vermögen über 5000 Mark. Nur 1 1/2 Millionen haben ein Vermögen von über 10 000 Mark. 7900 Menschen haben in Deutschland ein Vermögen von mehr als 100 000 Mark. Diese verfügen insgesamt über ein Privatvermögen von 2 1/2 Milliarden Mark. 7900 Menschen besitzen also zusammen etwa ein Drittel des gesamten Volkswertvermögens. 29 Millionen Menschen verdienen in Deutschland durchschnittlich 130 bis 140 Mark. 3 1/2 Millionen verdienen durchschnittlich 450 Mark monatlich, und 30 000 Menschen verdienen im gleichen Zeitabschnitt durchschnittlich 12 000 bis 13 000 Mark. Von diesen 30 000 wiederum haben etwa 5000 ein Durchschnittseinkommen von 200 000 Mark jährlich. Diese Statistik kennzeichnet die Wirtschaft, die Löhne abzubauen muß, damit einige wenige Kriegergehälter eintreten können. Den Ausführungen des Referenten folgte eine lebhafteste Diskussion, deren Kern sich um die Frage drehte, Was sollen wir praktisch gegen den Faschismus unternehmen?“ Der Referent beantwortete diese Frage nochmals kurz mit der schon von ihm angedeuteten praktischen Maßnahme: Aufklärung von Mund zu Mund. Er schloß seine Ausführungen mit dem Appell an die Mitgliedschaft, rege zu werden für den Eintritt in die SPD. In Anbetracht der vorgeschrittenen Zeit fiel der zweite Punkt der Tagesordnung aus. Nach Erörterung eines Berichts des Kollegen Täubrich über die bevorstehende Weihnachtsfeier für unsere erwerbslosen Kollegen konnte die gut verlaufene Versammlung geschlossen werden.

**Schlagen.** In der Mitgliederversammlung am Dienstag, dem 2. Dezember, sprach Arbeitersekretär Enderle über „Praktisches aus der Unfallversicherung“. Nach einer geschichtlichen Darlegung über den Werdegang der Unfallversicherung gab der Referent den Verammelten praktische Ratschläge, z. B. wie sich die Arbeiterfrage bei einem Unfall zu verhalten hat. Verbinden lassen im Betrieb, sofort den Nebenkollegen auf den Unfall aufmerksam machen, und Zeugen des Unfalls festzustellen. Auch der kleinste Unfall müsse so behandelt werden, denn man wisse nie, was daraus wird. Daß der Arzt zur Behandlung aufgesucht wird, und daß dieser dann auch um die Weiterleitung bezüglich der Entschädigung (Rente) erucht werden muß, verleihe sich von selbst. Der Referent betonte das Schlagwort, daß die Arbeiterfrage nichts zu verlieren habe als ihre Ketten, als Unwissen. Denn wenn die Arbeiterfrage den Nazis das Heft in die Hand gebe, dann sei es aus mit der Sozialgesetzgebung, wie es auch aus sei mit dem Arbeitsrecht. Der Gauleiter Hugo Werner behandelte die Kündigung des Lohnarbeits durch die Unternehmer und deren Ziele. Auch in der Abwehr müsse die Arbeiterfrage organisatorisch festgelegt sein. Die Arbeiterfrage müsse das Vorgehen der Unternehmer damit beantworten, daß sie sich selbst im Verband graphischer Hilfsarbeiter organisieren. Nur eine organisierte Kämpferin und ein organisierter Kämpfer könne erfolgreich den Kampf bestehen. Wer das Vertrauen zur Organisation und deren Führer stört, nützt dem Unternehmertum und schädigt die Arbeiterklasse. Zur Stärkung der Vorkasse wurde beschlossen, den Vorkassebeitrag zu erhöhen.

**Königsberg i. Pr.** Am Mittwoch, dem 26. November, fand im Gewerkschaftshaus eine ausgedehnte Mitgliederversammlung statt. Unter britischen Mitteilungen schloß die Vorstehende die wirtschaftliche Lage im Bezug und wies darauf hin, daß die Arbeitslosigkeit noch immer von Woche zu Woche steigt. Es wäre mit der Arbeitslosigkeit vielleicht weniger schlecht bestellt, wenn es einzelnen Kleinbetrieben nicht gelang, junge Arbeitskräfte zu billigem Lohn zu erhalten, wozu die Organisation gar nicht oder sehr spät Kenntnis erhält. In einem Fall, der sich in einer Druckerei abspielte, wurde gezeigt, mit welchen Schwierigkeiten zu rechnen ist. Dort meinten sich drei Angelegenen zur Aufnahme in die Organisation, nachdem sie vergeblich versucht hatten, Zulagen zu erhalten. Als der Organisationsvertreter vorstellig wurde und die tarifliche Entlohnung verlangte, wurden die drei sofort gekündigt. Darauf wurde Klage auf Nachzahlung angehängt, die weit über 1000 Mark ausmachte, da der Arbeitgeber es vor, den Tariflohn zu bezahlen, und die Angelegenen verzichteten auf die Nachzahlung. Während zwei Kolleginnen dem Verbands treu blieben, überhandte der Vater der dritten der Organisation folgendes Schreiben: „Ich als Vater meiner Tochter erkläre hierdurch, daß ich mich mit der Organisation nicht einverstanden erkläre und folgedessen die Aufnahme nicht billige, ist also nicht mehr die Beiträge bezahle.“ Ein „Kluger“ Vater, dem bald entsprechende Bezeichnung zuteil werden wird. — Die Versammlung beschloß, daß jedes männliche Mitglied für die Unterhaltung der Erwerbslosen zum Weihnachtsfest einen einmaligen Extrabeitrag von 2 M. und jedes weibliche Mitglied von 1 M. zu zahlen hat. Dann sprach der Vorstehende zur Kündigung des Lohnarbeits. Der technische Fortschritt macht auch in den Druckereien immer mehr Arbeitskräfte frei. Der Inlegeapparat verdrängt die Angelegenen von ihrem Platz, meist wird sie als Wagnisfängerin weiter beschäftigt, aber auch danach entlohnt. Ebenso ist es in der Stereotypie, wo durch Aufstellung moderner Apparate der Hilfsarbeiter als Arbeiter und Fertigmacher verdrängt wird. Hier sind Arbeitskräfte frei geworden, die nicht wieder in die Betriebe zurückkommen, wenn es den Organisationen nicht gelingt, durch Verfüzung der Arbeitszeit Mehrerstellungen zu erreichen. Darum muß die Arbeitszeitverfüzung die erste und dringendste Forderung der Gewerkschaften sein. Eine Resolution fand einstimmige Annahme, in der es heißt: „Die Kollegenschaft ist sich bewußt, daß ein harter Kampf um die Neugestaltung des Lohnarbeits unabweisbar ist. Sie gelobt, alles zu tun, um den letzten Mann zu rücken und für den kommenden Kampf vorzubereiten. Zum Hauptvorstand und zu denjenigen Kollegen, die berufen sind, an der Neugestaltung des Lohnarbeits mitzuwirken, haben sie volles Vertrauen. Alle Mittel müssen angewendet werden, um den Lohnarbeits so zu gestalten, daß er für die Gesamtkollegenschaft annehmbar ist.“ Nachdem die Versammlung sich noch mit dem Schwindel vom Preisabbau beschäftigt hatte, sprach der Vorstehende über die Bedeutung der Bundeschule in Bernau und über den Kurzus, den der Hauptvorstand für die Kassieren oder Vorstehenden der kleinen Zahlstellen veranstaltet hat. Zur Teilnahme an einer wichtigen Funktionärerversammlung, in der der Vorstehende des deutschen Holzarbeiterverbandes, Kollege Tarnow, über die Ursachen der Wirtschaftskrise sprechen wird, und zum Gesamttagevortrag von Dr. Stern, Wien, wurden die Funktionäre aufgefordert. Zum Schluß wurde Beschwerde über unrichtige

Beitragsleistung einiger Kolleginnen geführt. Die Druckereifabrikanten sollen für die Zukunft pünktlicher mit dem Drucker abrechnen, damit eine schnellere Abrechnung mit dem Gauleiter erfolgen kann.

**Leipzig.** Welche wirtschaftlichen Gefahren stehen uns bevor? Zu diesem Thema sprach Genosse Herberts, Gewerkschaftsredakteur der „Leipziger Volkszeitung“, in unserer sehr gut besuchten Mitgliederversammlung am 18. November. Zu klaren Ausführungen legte der Referent sich mit den Ursachen der Reparationskrise, dem Agrarprogramm der Weimarer-Regierung und deren Folgen für das Proletariat auseinander. Erhebend fällt leider ins Gewicht, daß die deutsche Krise mit einer allgemeinen schweren Weltwirtschaftskrise zusammenfällt. Der Referent hat dann nach Behandlung unwarmer Behauptungen der Anta, ehmer auf die Gefahren für die Gewerkschaften zu sprechen, welche darin liegen, daß sie durch die Wirtschaftskrise geschwächt werden. Leider sind die Zerpfitterungsverfuche der R.G.D. (sich) daran, daß die gewerkschaftliche Arbeit erschwert wird. In Zeiten der Krise sind die Gewerkschaften der beste Schutz. Wo die Gewerkschaften schwach sind, stoßen die Unternehmer zum Lohnabbau vor. Siehe Berlin und Ruhrgebiet im Metallgewerbe. Der Arbeitsschutz muß gesichert, darüber hinaus aber auch verdrängt werden, die Arbeitslosen in den Produktionsprojekten einzureihen. Der Referent sprach nur die Forderung des A.D.G.B. über Arbeitsvermittlung. Sie wird selbstverständlich von den Unternehmern mit wenigen Ausnahmen bekämpft. Die Regierung von Preußen und Sachsen haben sich mit diesem Problem wiederholt beschäftigt. Dann machte der Referent auf die Gefahren aufmerksam, die den Gewerkschaften im Falle einer faschistischen Regierung drohen. Es kann nur etwas erzielt werden, wenn die Gewerkschaften stark sind. Spalter der Gewerkschaften begehen ein Verbrechen an der gesamten Arbeiterschaft. Wenn das Gros der Arbeiter und der proletarisierte Mittelstand antikapitalistisch denkt, dann wird die faschistische Gefahr abgewehrt. Regier, wohlwollender Beifall lohnte den Referenten für diesen wertvollen Vortrag. In der Diskussion sprach Kollege Stabe in üblicher Weise, angefangen vom Verrat der Arbeiterführer bis zum Lob der Kommunistischen Partei. Dieser Redner wurde oft durch den Unwillen der Anwesenden unterbrochen. Ungehöriges Lachen löste ihn Antrag aus, 10 Mark Lohnzulage verbunden mit dem 7-Stunden-Tag oder 44-Stunden-Woche bei den kommenden Verhandlungen zu fordern. Die Versammlungsleitung mußte einige Male die Anwesenden bitten, den Redner doch aufzusprechen zu lassen. Als er sein mitgebrachtes Korrekta abgeleitet hatte, kassierten die Anwesenden rouschig Beifall. Kollege Vener stellte die Ausführungen des Kollegen Stabe richtig und betauerte, daß dieser sich zum Vanswurf der Versammlung gemacht hat. Im Schlußwort hielt in herzerfröhlichen Worten der Referent dem Disziplinierungsrechner das Spiegelbild der Zweipoligkeit der kommunistischen Taktik vor. Er schloß mit den Worten: Einigkeit der Arbeiterschaft, Stärkung der Gewerkschaften machen es möglich, den Lebensstandard der Arbeiter zu halten und auszubauen. Dann gab Kollege Vener einen kurzen Situationsbericht aus den Betrieben. Er schilberte den Gang der dauernden Stilllegungsverhandlungen und griff einige traurige Fälle heraus, wo die Unternehmer die Kollegen rücksichtslos auf die Straße werfen. Er entwarf ein Bild von den dauernden, immer mehr zunehmenden Verhandlungen vor den Arbeitsgerichten, von dem häßlichen Kampf unserer Kolleginnen gegen den vorgenommenen Lohnabbau, selbst auf die Gefahr hin, trotz der großen Arbeitslosigkeit ihre Stellungen aufzugeben. Daraus geht hervor, daß die Organisationsleitung tagtäglich im Klassenkampf steht. Der Kampf der Kolleginnen gegen den Lohnabbau in der Firma J. Weber wurde eingehend geschildert. Durch die Solidarität der dort beschäftigten Kolleginnen konnte als Erfolg verbucht werden, daß sämtliche Punktkriterien wieder eingestuft wurden. Die Einstufung erfolgte einestheils als Punktkriterien zu ihrem bisherigen Lohn, andernteils als Anlegern, da nicht mehr soviel Punktkriterien gebraucht werden. Auf die am 15. Dezember beginnenden Lohnverhandlungen im Buchdruck machte Kollege Vener besonders aufmerksam. Er hat, alle Fernstehenden zu organisieren, die Bücher in Ordnung zu halten, damit wir einem eventuellen Kampf gerüstet gegenüberstehen. Der Antrag der Gauleitung und der Funktionärversammlung, zweis Extraterritorien unserer Arbeitslosen, fünf Wochen mit einem Extrabehrag von 20 und 10 Pf. zu leisten, wurde mit dem Zusatzantrag, daß auch Kurzarbeiter, welche 32 bis 40 Stunden arbeiten anteilig herangezogen werden, einstimmig angenommen. Nachdem Kollege Vener noch vor überflüssigen Beschüssen bei Entlassungen verkehrter Kolleginnen gewarnt hatte, ohne mit der Gauleitung Rücksprache genommen zu haben, wurde die Versammlung geschlossen.

**Viennig.** Nach längerer Pause fand wieder eine Versammlung am 22. November statt, die leider einen mäßigen Besuch aufwies, trotzdem in höchsten wie auswärtigen Betrieben die Mitglieder durch Rundschreiben eingeladen waren. Es waren Gauleiter Reinhold und Kollege Maligki, erster Vorsitzender der Breslauer Kollegenschaft, zu einem Vortrag über die äußerst schwere wirtschaftliche Lage erschienen. Gauleiter Reinhold wies auf den bevorstehenden Ablauf des Lohnabbaus und die kommenden Kämpfe über Lohnabbau hin. Redner führte den leider ergebnislosen Streik der Metallarbeiter in Berlin an, wo infolge einer großen Anzahl nicht freigewerkschaftlicher Kollegen der Erfolg ausgeblieben ist. Ein Lohnabbau im Sinne der Unternehmer wird hoffentlich an der Geschlossenheit der Gewerkschaft scheitern. Trotzdem eine Senkung der Weltmarktpreise um fast 18 Prozent stattgefunden hat, ist von einem Rückgang der Preise für Lebensbedürfnisse nicht viel zu merken. Am die Arbeitslosigkeit zu dämmen, wird eine Herabsetzung der Arbeitszeit unbedingt erfolgen müssen. Mit dem Wahnwitz an die Mitglieder, setz zur Organisation zu halten und dafür zu werden, schloß der Redner seinen mit Beifall aufgenommenen Vortrag. Kollege Maligki überbrachte aufstrebend Grüße der Breslauer Kollegenschaft und schilberte die ungeheure Arbeitslosigkeit in der Großstadt. Vorsitzender Brandt dankte im Namen der Mitglieder den beiden Rednern und schloß die Versammlung.

**Mürnberg-Güth.** Unsere Mitgliederversammlung vom 19. November, die sich eines guten Besuches erfreute, besetzte sich zuerst mit der Not der Arbeitslosen und ausgefeierten Mitglieder. Hierzu führte Kollege K e l l i n g aus, daß es in diesem Kreise nicht mehr notwendig sei, über die Ursachen der Wirtschaftskrise zu sprechen. Das ist bisher schon in gründlicher Weise erfolgt. Bei allen Gewerkschaften ist ein riesiges Aufwachen der Arbeitslosen festzustellen; in den graphischen Verbänden machten sich die Auswirkungen der

Krise erst später bemerkbar. Industrie und Handel machten in den Anfängen der Krise mächtige Anstrengungen, um durch Reduktion aller Art die stündende Nachfrage nach Waren wieder zu beleben. Buch- und Steindruck profitierten davon in weitgehendem Maße, wir erinnern nur an die Plakate und Zeitungsredaktion. Die Zahl der Erwerbslosen in unserm Verbände ist noch nie so hoch gewesen wie in diesem Jahr. Nach unserer Statistik zählten wir am Orte an Arbeitslosen aus dem Buchdruck 7 männliche und 57 weibliche, aus dem Steindruck 22 männliche und 134 weibliche Mitglieder. Diese Zahlen dürften im Laufe der beiden letzten Monate noch eine weitere Erhöhung erfahren haben. Die Geschäftsversammlungen der letzten Zeit besaßen sich erklärlicherweise auch meist mit Entlassungen, Verkürzung der Arbeitszeit, Stilllegung von Abteilungen oder Betrieben. Unter den Erwerbslosen befinden sich Mitglieder, die seit Jahresfrist und darüber ohne Arbeit sind. Im Bezuge von Invalidentätunterstützung stehen zehn Mitglieder. Es ist eine Ehrenpflicht der Organisation, den Opfern der Krise das Weihnachtsgeld durch eine Extragabe freundlicher zu gestalten. Aber die Herausgabe von Sammelkassen müssen wir uns heute schuldig machen nicht der Lokalfasse entnehmen werden, wenn sie auch den Löwenanteil zu tragen hat. Die vollbeschäftigten Firmen im Buch- und Steindruck kamen zur Beratung, und es wurde der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die dort beschäftigten Kollegenschaft sich ihrer sozialen Pflicht bewußt ist. Der Antrag des Kollegen Steinruew aus Herausgabe von Sammelkassen fand nach einer kurzen Aussprache einstimmige Annahme. Bemerkenswert ist noch, daß die Weltfirma E. Nijfer die völlige Schließung ihres Betriebes beabsichtigt. In einer demographischen Anstalt konnte für unsere dort beschäftigten Kollegen die Anerkennung des Buchdruck-Arbeiterarbeitsvertrages erreicht werden. Eine Menge Arbeit brachte uns das Stützungsgeld, über dessen glänzenden Verlauf nur eine Stimme des Lobes herrschte. Auch an dieser Stelle sei nochmals der Dank an alle Mitarbeiter und an alle Quartiergeber für die Unterbringung der auswärtigen Kolleginnen und Kollegen ausgesprochen. In die Verzeitszeit fallen auch die Reichstagswahlen. Der Ausgang kann auch uns als Gewerkschafter, die die Zusammenhänge von Wirtschaft und Politik, besonders Sozialpolitik kennen, nicht gleichgültig sein. Die Gewerkschaftsleute verstanden es meisterhaft, sich in den roten Mantel mit dem Fahnenkreuz zu hüllen und mit radikalen Sprüchen weite Kreise zu gewinnen. Anschließend erstattete Kollegin L a u b m a n n den Klassenbericht für das dritte Vierteljahr, der an Einnahmen für die Hauptkasse 8645 M. aufweist. Hingzu kommen noch die Einnahmen der Invalidentasse mit 1234 M. Für Unterstützungsbedürfnisse wurden 3014 M. verausgabt. Die Lokalfasse weist an Einnahmen 2788 M. auf, bei einem Kassenbestand von 11741 M. Die Übereinstimmung der Kasse und Bücher wurde von den Revisoren bestätigt. Der Bezirksauswahlschuss der Gewerkschaften veranstaltete einen Vortragstermin für die Betriebsräte, an dem von unserer Organisation zehn Mitglieder teilnahmen. Unter „Verbandsangelegenheiten“ wurde noch mitgeteilt, daß auch von den Buchdruckprinzipalen das Lohnabkommen gelündigt wurde. Die Einberufung einer Versammlung kann sich deshalb sehr bald als notwendig erweisen. Auch die gegenwärtige Lage im Steindruck, sowohl am Orte als auch in den größeren Steindruckstädten, wurde einer ausführlichen Besprechung unterzogen.

## Rundschau

**Warnung vor der Beschäftigung von „Schwarzarbeitern“.** In letzter Zeit mehren sich die Klagen über zunehmende Verbreitung nicht angemeinder gewerblicher Nebenarbeit (sogenannter „Schwarzarbeit“), so daß sich die Behörden schon zum Eingreifen veranlaßt haben; meist handelt es sich um Arbeiter, die Arbeiter in ihrer Freizeit als Nebenbeschäftigung oder auch als „Erwerbsloie“ ausüben. Die Arbeiter e h m e r haben ein berechtigtes Interesse an der Aufklärung der Schwarzarbeit, damit nicht die Arbeitszeitbestimmungen von einzelnen durchkreuzt werden. Die Arbeit g e b e r, insbesondere die Handwerker, wehren sich gegen die mit ungleichen und gefährlichen Mitteln erzielten Schädigungen ihres geordneten Gewerbes. Die F i n a n z a m t e r interessieren sich schließlich für die ihnen so entgehenden Gewerbe- u. w. Steuern. Letzt machen auch die Berufsgenossenschaften darauf aufmerksam, daß betriebl. Schwarzarbeiter, da sie als selbständige Unternehmer tätig werden, nicht der Reichs Unfallversicherung unterliegen. Mitbin riskiert jeder, der Schwarzarbeiten ausführen läßt, daß er persönlich haftbar wird, falls dem Arbeiter hierbei ein Unfall zustoßt.

**Wo die Nazis regieren.** Einer der Freistaaten, in denen die sogenannte Kopfsteuer erhoben wird, ist der von den Nazis beherrschte Freistaat Thüringen. Die Eintreibung der Steuer erfolgt dort ohne jede Rücksichtnahme. Selbst den Landarbeitern gegenüber, die mit jedem Pfennig rechnen müssen, läßt man keine Miße walten. Man verlangt von ihnen kategorisch, daß auch sie die Kopfsteuer in Höhe von 6 Mark pro Jahr unverzüglich zahlen. Anträge auf Stundung oder Erlaß der Steuer werden kurzerhand abgelehnt. Neuerdings geht man dazu über, die landwirtschaftlichen Arbeitgeber mit der Eintreibung der Steuer zu beauftragen. Die Rentämter senden den betreffenden Arbeitgebern einen Überweisungsbescheid mit dem Auftrag, den Steuerbetrag vom Lohn einzubehalten. Besonders skandalös ist, daß man es vielfach mit dem Betrag von 6 Mark nicht genug sein läßt. Es werden noch Mahngebühren und Gebühren für andere Dinge in Anrechnung gebracht. Dem Deutschen Landarbeiter-Verband sind Fälle bekanntgeworden, wo Landarbeitern von ihrem Wochenlohn, der 14 Mark beträgt, 8 Mark einbehalten wurden. Die betreffenden Landarbeiter sind in ärgste Notlage geraten. An den geschilberten Vorgängen kann die deutsche Arbeiterschaft erneut erkennen, was ihr im Falle eines Sieges der Nazibewegung blüht. Es würden Zustände entstehen, wie sie rücksichtslos und empörender kaum sein können. Dahin darf es nicht kommen. Das bedingt, daß sich auch der letzte Arbeiter der Pflicht des entgegenstehenden Kampfes gegen die Nazibewegung bewußt ist.

**Geistesgegenwart bei einem Unfall.** Auf der Schiffswerft Abgauer getret ein Arbeiter an eine Lichtleitung von 380 Volt Spannung. Der Kranführer R u h w a r t kurz entschlossen einen Mutterkürschlüssel auf die elektrischen Zuführungsdrähte, bewirkte dadurch Kurzschluss, so daß die Leitung stromlos wurde. Der gefährdete Arbeiter wurde so gerettet. — Es ist von ganz erheblicher prinzipieller Bedeutung, daß diese

Art, bei elektrischen Unfällen in geeigneten Fällen rettend einzugreifen, in der von dem Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften herausgegebenen „Betriebswacht“ (Zahresnormenbuch, Abteil „Elektrische Unfälle“, Seite 119) ausdrücklich empfohlen wird. Es scheint doch also, daß derartige Unfallverhütungsbelehrungen, die sich an die Arbeitnehmer, Betriebsleiter, Wertmeister usw. wenden, ihre Wirkung nicht verfehlen. Die zuständige Berufsgenossenschaft teilt zu dem obigen Unfall mit, daß der Kranführer und zwei andere Arbeiter, die sich an der Rettung des Verunglückten hervorragend beteiligten, eine namhafte Belohnung von ihrer Firma erhalten haben.

**Wochenende für Freunde der winterlichen Berge** veranstaltet ständig die Allgemeine Deutsche Gesellschaft für Ferien- und Erholungsheime, deren Mitglied auch unser Verband ist. Für die Wintermonate sind folgende Wochenendpreise festgelegt. Sie betragen für die Heime: Frauenwald 4,50 M., Ripsdorf 4,70 M., Waldhaus 4 M.; umfassen: Sonnabend: Abendbrot; Sonntag: erstes und zweites Frühstück, Mittag, Nachmittagskaffe und Unterkunft vom Sonnabend zum Sonntag in kostenlos geheizten und gut ausgestatteten Zimmern. Für das Wochenende gelten die Preise für jedermann. Auskunft erteilt und Prospekt verschickt gern: Adress, Allgemeine Deutsche Gesellschaft für Ferien- und Erholungsheime m. b. H., S i g Z e n a.

**Wie lange reicht der Zeitungspapiermarkt der Erde?** Der jährliche Weltbedarf an Zeitungspapier wird auf etwa 6 Millionen Tonnen geschätzt. Die Nachfrage nach Zeitungspapier ist überall in gewaltigem Steigen begriffen. Ununterbrochen vergrößern sich die Einzelnummern der Zeitungen. Da zur Herstellung einer Tonne Zeitungspapier über 3 Tonnen Holz benötigt werden, werden jährlich 18 Millionen Tonnen Holz gebraucht. Der natürliche Ertrag dieser gewaltigen Menge bedarf eines Entwicklungszeitraumes von 60 bis 100 Jahren. Da also eine vorfolgende Aufzucht der gegenwärtig lebenden Generation keinen Ertrag bietet, muß mit einer Verknappung des Rohstoffes für Zeitungspapier gerechnet werden. Nach einer Berechnung wird der noch gegenwärtig zur Verfügung stehende Waldbestand in etwa 30 Jahren aufgebraucht sein. Somit würden wir bald vor einer großen Papierkrise stehen. Man sieht sich bereits nach Ersatzmitteln für die Papierherzeugung um. Aber besser noch als die Umshau nach Ersatzmitteln ist die Erziehung unverbrauchten Waldbestandes. Hier kommen vor allem Länder wie Rußland, China und die Türkei in Frage. Dort sind noch große Gebiete unerforschten Waldbestandes, die eine Krise in der Herstellung von Zeitungspapier vorläufig verhindern können. Wächst aber die Auflage der Zeitungen und der Umfang jeder einzelnen Nummer, dann können auch weitere Borräte von Holz eine Krise in Zeitungspapier wohl hinauschieben, aber nicht verhindern.

**Zwei Millionen Kinoplätze in Deutschland.** Die Filmindustrie hat in den letzten Jahren manche Umstellungen erfahren. Der Tonfilm hat sich fast reiflos durchgesetzt. Das neue Jahrbuch der Filmindustrie enthält Zahlen, die den ununterbrochenen Aufstieg der Filmwirtschaft zeigen. Im Jahre 1929 ist eine Steigerung der Kinoplätze von 4998 auf 5078 und die der Plätze von 1,88 auf 1,95 Millionen festzustellen. Die Zahl der Sitzplätze hat also selbst in einem Krisenjahr um 70 000 zugenommen. Besonders haben sich die Großtheater mit mehr als 1000 Sitzplätzen vermehrt. Bis Juni 1930 sind 63 Tonfilme mit einer Gesamtlänge von 157 000 Metern auf den Markt gekommen, rund 60 Proz. stammen aus dem Inland.

## Literatur

**„Angekliegtenverhörerungsgeleit.“** Von Rudolf Peters, Leipzig. (S. 12) und „Der Kampf um den Reichstag.“ A. Müller, Berlin. (S. 140) M., bei Partiebelegungen von 5 Stück an Ermäßigungen.

**„Kalen der Deutschen Landarbeiter-Verbandes für 1931.“** Verlag: Deutscher Landarbeiter-Verband, Berlin SW 48, Ende-straße 6.

**„Der Neue-Welt-Kalender 1931.“** 53. Jahrgang, Verlag Auerdruck, Hamburg 30, liegt im Zeichen der Wirtschaft. Von dem jedes praktische Kalender für den Tagesbedarf haben muß, bringt er das für Arbeiter und Angeleitete besonders Wissenswertes. Bestellungen durch sämtliche Zeitungsboten oder an den Verlag Auerdruck, Hamburg 30.

**„Soziale Bauwirtschaft.“** Neuausgabe monatlich 1,50 M., 2. Aufl. 1929, 75 Pf., Einzelheft 1,50 M. Das Buch enthält einen ausführlichen Bericht über die am 27. und 28. Oktober 1930 im großen Plenarssaal des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates stattgefundenen Verhandlungen des Siebenten Deutschen Baukongresses.

## Zahlstelle Grimmitschau

Allen unsern lieben Mitgliedern zur Kenntnis, daß unsere diesjährige

### Weihnachtsveranstaltung

verbunden mit der Besprechung unserer Erwerbslosen, **Sonnabend, den 20. Dezember**, nachmittags 6 Uhr, im Restaurant „Zur Ege“ stattfindet. Die Mitglieder werden gebeten, sich an dieser Veranstaltung vollständig zu beteiligen. Eintritt frei.

Unsern lieben Kollegin Anne Pfäfers und ihrem Gemahl zur Vermählung nachträglich die allerbesten Glückwünsche. Die Mitgliedschaft der Zahlstelle Wiesbaden.

## Abrechnungen

In der Woche vom 1. bis 6. Dezember sind die Abrechnungen des dritten Quartals für den Gau 7 aus Stettin bei der Hauptkasse eingegangen.

Geldsendungen kamen aus Stettin 528,25 M.

Berlin, den 6. Dezember 1930. S. L o b a h l.

Für die Woche vom 7. Dezember bis 13. Dezember ist die Beitragsmarke in das 50. Geld des Mitgliedsbuches oder der Mitgliedskarte zu kleben.

Verantwortlich für Redaktion: S. S c h u l a e, Charlottenburg, Meerfeldstraße 6. Fernruf: Amt Westend 1923. — Verlag: S. V o d a h l, Charlottenburg. — Druck: Buchdruckerei Wulf, Berlin SW 61, Dreibrunnstraße 6.